N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 26.06.2009, 15:30 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, von Ploetz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Köhler, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Dr. Weber

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:
Die Stadtverordneten Becker (SPD), Hussein (SPD), Lohse (CDU), Schäfer (Marburger Linke), sowie Stadträtin Dr. Weinbach.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 15:40 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Mai 2009 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen, somit ist die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen vier dringliche Anträge vor, die allen Stadtverordneten auf die Plätze gelegt wurden. 3 dringliche Anträge behandeln das Thema Tarifauseinandersetzung / Tarifstreik bzw. Kita-Gebühren. In einer nun stattfindenden Sitzung des Ältestenrates soll bezüglich dieser Anträge ein gemeinsamer Beschlussvorschlag gefunden werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher unterbricht daher die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von 15:41 Uhr bis 16:30 Uhr. In der Pause tagt der Ältestenrat.

Nach Fortsetzung der Stadtverordnetenversammlung berichtet der Stadtverordnetenvorsteher, dass der Ältestenrat einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen ausgearbeitet hat und verliest diesen. Die Vorlage liegt als Anlage dieser Niederschrift bei. Die Fraktionen haben sich verständigt, diesen Antrag als Tagesordnungspunkt 3.2 in die Tagesordnung aufzunehmen und zu beraten.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Den Stadtverordneten liegt ein weiterer dringlicher Antrag vor:

Dringlicher Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Behandlung von Anträgen VO/0426/2009

Auch dieser dringliche Antrag liegt der Niederschrift als Anlage bei.
Die Vorlage wird begründet durch den Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke). Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU,

FDP, Marburger Linke und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht.

Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Die Fraktion Marburger Linke beantragt die Behandlung dieses Antrages im üblichen Geschäftsordnungsverfahren.

Somit wird der Antrag im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt anschließend einen Überblick über die Tagesordnung, die in den Ausschüssen beantragten Aussprachen und die empfohlenen Zurückstellungen.

Die Stadtverordnete Schwebel (FDP) beantragt den Tagesordnungspunkt 13 "Behring-Gedenkstätte im Gebäude Wannkopfstraße 13 in Marburg" zu vertagen. Die Vorlage soll noch im Denkmalbeirat beraten werden. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Er stellt die Vorlage zurück. Sie soll wie gewünscht im Denkmalbeirat beraten werden.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 3.1 Erwerb eines Grundstückes im Stadtgebiet Marburg
Vorlage: VO/0384/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Im Bau- und Planungsausschuss wurde die erforderliche 3/4 Mehrheit für eine abschließende Beschlussfassung nicht erreicht. Somit muss sich die Stadtverordnetenversammlung insgesamt mit dem Erwerb dieses Grundstückes befassen. Aussprache wurde im Ausschuss angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schwebel (FDP), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Sell (SPD), Jannasch (CDU) und Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Marburger Linke gegen die Stimmen der CDU, bei Enthaltung der MBL und der FDP folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg erwirbt von der S & S Grundbesitzgesellschaft mbH Karsten Schreyer, Krummbogen 14, 35039 Marburg, das bebaute Grundstück

Am Grün 16 und 18
Gemarkung Marburg, Flur 26, Flurstück 21/13 = 930 qm,

das unbebaute Grundstück Am Grün (Parkplatz)

Gemarkung Marburg, Flur 26, Flurstück 23/2 = 660 qm

- beide eingetragen im Grundbuch von Marburg, Blatt 9.995,

lfd. Nr. 21 und 24 des Bestandsverzeichnisses -.

Bei den Erwerbsgrundstücken handelt es sich um das ehemalige Gebäude der Marburger Volksbank sowie den unmittelbar angrenzenden Parkplatz.

Der Grundstückskaufpreis beträgt 3,2 Mio. Euro.

Die Kosten des Kaufvertrages und seiner Durchführung gehen zu Lasten der Stadt Marburg.

Die für die Durchführung des Kaufgeschäftes benötigten Finanzierungsmittel in Höhe von ca. 3,4 Mio. Euro werden im Nachtragshaushalt unter der Produkt-Nr. 662020 bereitgestellt.

---

zu 3.2 Dringlicher Antrag aller Fraktionen betr. Tarifstreik der ErzieherInnen Vorlage: VO/0474/2009

Der Stadtverordnetenvorsteher verliest den Text dieses gemeinsamen Antrages aller Fraktionen und stellt den Antrag anschließend zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

I.)

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat der Stadt Marburg an die Tarifparteien zu appellieren, unbeschadet der im Grundgesetz geregelten Tarifautonomie gem. Artikel 9 Abs. 9 Grundgesetz, dass in der aktuellen Tarifauseinandersetzung um die Arbeitsbedingungen und Entlohnung der Erzieher/innen schnellstmöglich eine tragfähige Einigung erzielt wird, die die Interesse der Kinder, Eltern, Erzieher/innen ebenso berücksichtigt, wie eine nachhaltige Finanzierbarkeit der Qualität der Kindertagesbetreuung durch Bund, Länder und Kommunen.

Weiterhin wird der Magistrat beauftragt unter Beteiligung des Personalrates und der Erzieher/innen gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen (u. a. ergonomische Arbeitsplatzgestaltung, Angebote der Gesundheitsförderung) zu entwickeln.

Der Magistrat soll - spätestens zum Tarifabschluss - den Eltern ein für diese akzeptables Angebot unterbreiten, welche Erstattungen sie für die entgangene Betreuungszeit erhalten.

II.)

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg stellt fest:

1. **Der Grundstein für die Entwicklungschancen von Kindern wird bereits im Vorschulalter gelegt. Die Frühkindliche Förderung ist ein Schlüssel zur Verbesserung der Entwicklungschancen aller Kinder. Jedes Kind hat ein Anrecht auf diese Förderung.**
2. **Die Arbeitsbedingungen insbesondere im Hinblick auf die ergonomische und räumliche Ausstattung für Erzieherinnen und**

Erzieher in Kindertagesstätten sind verbesserungswürdig. Die Vision, dass jeder junge Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit hat (§ 1, Abs. 1, SGB IIX) kann nur erreicht werden, wenn die Erzieherinnen und Erzieher für ihre schwierige Tätigkeit annehmbare Arbeitsbedingungen vorfinden.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 1 6/2009)
Vorlage: VO/0439/2009

Seit einigen Jahren existiert ein Trampelpfad quer über den Rasen des Friedrichsplatzes. Leider verbreitet er sich von Jahr zu Jahr und hinterlässt nach jedem Regen einen „Matschpfad". Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, diesen Missstand zu beenden, am besten durch die Neuanlage eines regulären Weges oder notfalls durch Wiederherstellung des Rasens?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Anlage eines regulären Weges als Diagonale quer über den Friedrichsplatz entspricht nicht dem historischen Entwurfskonzept für den Friedrichsplatz. Vorstellbar wäre, mit einem so genannten Wabengitter die Verdichtung im Bereich des Rasens zu verhindern und somit eine durchgehend grüne Grasschicht wieder aufzubauen. Die technischen Rahmenbedingungen müssen jedoch vom zuständigen Fachdienst noch überprüft werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 2 6/2009)
Vorlage: VO/0440/2009

Kann der Magistrat Auskunft darüber erteilen, wie sich die Abwicklung von Wahlen durch die Einsatzbereitschaft ehrenamtlicher Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in den letzten Jahren entwickelt hat? Ist z. B. ein Trend erkennbar, ob die Stadt in stärkerem Maße als in der Vergangenheit auf den Einsatz städtischer Verwaltungsmitarbeiterinnen oder Verwaltungsmitarbeiter zurückgreifen muss?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Einsatzbereitschaft von ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern hat sich in den letzten Jahren gebessert, so dass sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, bis auf ganz wenige Ausnahmen, als Ersatzpersonal für evtl. Ausfälle in den allgemeinen Wahlbezirken am Sonntag

vorgesehen werden.

Die Briefwahlbezirke wurden und werden nur mit städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt.

Um 16:39 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 3 6/2009)
Vorlage: VO/0441/2009

Der Magistrat wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass das Hinweisschild „Industriegebiet Marburg-Süd" um eine Ampelkreuzung versetzt wird, nämlich von der Kreuzung Konrad Adenauer-Brücke/Zeppelinstraße weg, hin zu der großen Ampelkreuzung Cappeler Straße.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Lieferverkehr in das Industriegebiet Süd erfolgt fast ausschließlich über die Südspange und die Frauenbergstraße. Lediglich für die geringe Anzahl von LKW, die aus der Innenstadt kommen, erfolgt oberhalb der Konrad-Adenauer-Brücke der Hinweis zu dem Gewerbegebiet, damit dieses auf kürzestem Weg ohne vermeidbare Lärm- und Abgasbelastungen erreicht wird. Außerdem soll vermieden werden, dass große Fahrzeuge über die Cappeler Straße und dann evtl. über weniger geeignete Straßen wie die Fichtestraße oder den Franz-Tuczek-Weg in das Gebiet einfahren.

Aus diesem Grund ist eine Änderung der Wegweisung nicht vorgesehen.

Der Oberbürgermeister sagt anschließend eine Überprüfung der Situation zu. Die Straßenverkehrsbehörde wird sich mit der Fragestellung nochmals auseinandersetzen und eine Prüfung vornehmen.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 4 6/2009)
Vorlage: VO/0442/2009

Kann der Magistrat bitte klären, ob die verkehrsführenden Hinweise zum Parkhaus Bahnhofstraße auf für Nicht-Ortskundige ausreichen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im direkten Umfeld im Bereich der Bahnhofstraße ist eine Wegweisung zum dem Parkhaus vorhanden.

Durch die Stadtwerke Marburg ist vorgesehen, in diesem Jahr das vorhandene innerstädtische Parkleitsystem um das Parkhaus Bahnhofstraße zu erweitern.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 5 6/2009)
Vorlage: VO/0443/2009

Wie ist der Stand der Entwicklungen in Bezug auf das Waggonhallenareal seit der letzten Nachfrage im März vorangeschritten?

Da die Fragestellerin heute entschuldigt ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt:

Vom Eigentümer des Waggonhallenareals liegt aktuell ein Verkaufsangebot für die gesamte Fläche vor. Dieses wird zurzeit hinsichtlich seiner Konsequenzen für die Bewirtschaftung und Entwicklung der Fläche und der Liegenschaften geprüft. Im Zuge dieses Prüfprozesses werden grundstücks- bzw. gebietsbezogene Aspekte und Fragen potenziell geeigneter Nutzungen erwogen und aufbereitet. Von zentraler Bedeutung für den Magistrat ist es weiterhin, auch vor dem Hintergrund der Vielzahl interessierter Institutionen, Gruppen und involvierter Institutionen (siehe kleine Anfrage Nr. 6 vom 25. Mai 2009), eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit, und damit verbunden tragfähige Nutzungskonzepte, zu erreichen.
Im Zuge der Diskussion muss ferner berücksichtigt werden, dass die DB-Netz weiterhin „Schlüsselflächen" auf dem Weg zum Ortenbergsteg besitzt, die für eine infrastrukturelle Aufwertung des Waggonhallenareals von zentraler Bedeutung sind.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 6 6/2009)
Vorlage: VO/0444/2009

Wie ist die Planungssicherheit der involvierten Initiativen, KünstlerInnen und Institutionen bei einem weiterentwickelten Konzept (Ausbau Waggonhallen-Areal) so gewährleistet, dass den Planungen Taten folgen können?

Da die Fragestellerin heute entschuldigt ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt:

Bei der „Zukunftswerkstatt Waggonhallen-Areal" am 26. Oktober 2008 hat sich eine Vielzahl von Einzelpersonen und Initiativen an der Entwicklung des Areals interessiert gezeigt. Daraus hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet mit Vertretern des Waggonhallen-Kulturzentrums, des Cirkus- und Varietéarchivs, des mittlerweile im Depot gelagerten Kindheitsmuseums, der Blista als potenzielle Betreiberin eines Blista-Museums, der Initiative Kletterhalle/Deutscher Alpenverein sowie interessierten Einzelpersonen.

Mittlerweile gab es verschiedene Arbeitsgruppensitzungen auch mit den Fachdiensten Kultur, Stadtplanung, Sport, um ein genaueres Konzept der Entwicklung und seiner einzelnen Bausteine zu erarbeiten. Dazu gab es einen Workshop mit Dr. Hartmut John, Leiter des Rheinischen Archiv- und Museumsamtes des Landschaftsverbandes Rheinland sowie ein Arbeitsgespräch mit Dr. Ulrike Adamek vom Hessischen Museumsverband. Ergebnis war, dass

angesichts der Unterschiedlichkeit der Akteure Kindheitsmuseum, Cirkusarchiv und potenzielles Blista-Museum bis Herbst 2009 erst ein überzeugendes Konzept erarbeitet werden müsse, um in dem engen Museumsmarkt Aufmerksamkeit und Resonanz zu erzielen.

Parallel dazu war es Ziel schon bei der Zukunftswerkstatt 2009, dass die Eigentumsverhältnisse und ein möglicher Ankauf des Geländes geprüft werden sollten. Außerdem könne das Areal nur entwickelt werden, wenn neben zuschussbedürftigen gemeinnützig-kulturellen Initiativen auch wirtschaftlich eigenständige Kulturwirtschafts-, Gesundheits- und Dienstleistungsbetriebe für das Areal interessiert werden können. Die beiden letzten Punkte stehen in einer engen Verbindung.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel in Stellvertretung für Stadträtin Dr. Weinbach

---

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr. 7 6/2009)
Vorlage: VO/0445/2009

Welche Projekte werden aus Mitteln der sozialen Stadt Richtsberg finanziert, jedoch nicht im Stadtteil Richtsberg initiiert? Mit welchen rechtlichen Begründungen werden diese Projekte gegenüber den Geldgebern deklariert?"

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Zuwendungsbescheide des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung zur Programmförderung „Soziale Stadt" listen alle unter Pkt. I „Zweckbindung" auf:
„Die Fördermittel sind zweckgebunden für das festgelegte Fördergebiet Stadtteil Richtsberg der Universitätsstadt Marburg.
Die Fördermittel dürfen nur in dem Fördergebiet, wie es in der Karte zum Förderantrag 2008 dargestellt ist, eingesetzt werden".

Die Finanzmittel, die der Fachdienst 61 aus den Städtebauförderungsmaßnahmen, Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" verwaltet und verausgabt hat, sind alle nachweislich im Stadtteil Richtsberg verausgabt worden.

Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt" werden auch Soziale und soziokulturelle Sonderförderungen beantragt, die nach einer Bewilligung vom Fachbereich 5 verwaltet werden. Auch diese sind ausschließlich im Fördergebiet Richtsberg verausgabt worden, mit der Ausnahme des Projektes Kultur und Kulturen/Kulturmesse. Dieses Projekt ist auf Veranstaltungsorte und einzelne zugewanderte Menschen aus anderen Stadtteilen erweitert worden. Das Konzept wurde im Stadtteil Richtsberg initiiert und wurde ausführlich im Schul- und Kulturausschuss und im Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen vorgestellt und auf Grund der Projektbeschreibung und des Antrages vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung genehmigt und bewilligt. Bereits vorher waren Vorläuferprojekte (Kulturmesse) im Rahmen des Programms Lokales Kapital für Soziale Zwecke vom Lokalen Begleitausschuss bewilligt worden. In diesem Begleitausschuss sind u. a. auch der Ortsbeirat

Richtsberg, der Sprecherrat Soziale Stadt Richtsberg und die Richtsberggemeinde e.V. beteiligt worden.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Kirsten Dinnebier (Nr. 8 6/2009)
Vorlage: VO/0446/2009

Hat der Magistrat zwischenzeitlich eine Antwort auf sein Schreiben vom 4. mai 2009 zum Thema "Älter werden in Marburg" von CDU-Staatsminister Banzer erhalten? Wenn ja, wie beurteilt der Magistrat diese Antwort?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

CDU-Staatsminister Banzer hat noch nicht auf das Schreiben des Magistrats geantwortet.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 9 6/2009)
Vorlage: VO/0447/2009

Wie viele Frauen, Männer, Mädchen und Jungen sind im Gebiet der Stadt Marburg seit dem 01.01.2008 eingebürgert worden und wann hat für sie eine Einbürgerungsfeier stattgefunden oder ist eine solche in nächster Zeit geplant?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In 2008 wurden insgesamt 118 Bürgerinnen und Bürger eingebürgert, davon waren 68 Männer/Jungen und 50 Frauen/Mädchen.

In 2009 sind es bis heute 35 Personen.

Die Einbürgerungsfeier findet seit einigen Jahren jeweils im Herbst statt, zu der Oberbürgermeister Vaupel einlädt.

Bisher fanden folgende Einbürgerungsfeiern statt:
10. Dez. 2006, 11. Nov. 2007, 9. Nov. 2008.
Die nächste ist terminiert für Sonntag, 8. Nov. 2009.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anne Oppermann (Nr. 10 6/2009)
Vorlage: VO/0464/2009

Unter Produkt 161020 sind 100.000,- € aus Städtebauförderungsmitteln für die Sanierung der Friedrich-Siebert-Treppe ausgewiesen. Wann wird mit der Sanierungsmaßnahme begonnen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Ausführung der Maßnahme wird voraussichtlich im Herbst erfolgen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Oppermann (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan von Ploetz (Nr. 11 6/2009)
Vorlage: VO/0448/2009

In welchen Stadtteilen ist es derzeit nicht möglich das Internet über DSL - Festnetz oder UMTS mobil zu nutzen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Laut Internetforen ist es in der Kernstadt Marburg möglich per UMTS mobil ins Internet zu gehen. Weiterhin sind auch etliche W - LAN Hotspots im Stadtgebiet Marburg verteilt, die ebenfalls mobilen Zugang ermöglichen. Mit den Stadtwerken Marburg sind schon Gespräche geführt worden, um die Anzahl der W - LAN - Zugänge zu erhöhen. Auch werden die SWM in Kürze ein Projekt vorstellen, in dem gewerblichen DSL - Nutzern ihr DSL per W - LAN zur Verfügung stellen können.
Eine genaue Aussage, wo der Zugang per UMTS nicht mehr möglich ist, kann vom Magistrat nicht gemacht werden, da dies von den Standorten und der Leistung der Funksender abhängig ist. Diese Information liegt aber in Händen der Netzbetreiber.

---

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan von Ploetz (Nr. 12 6/2009)
Vorlage: VO/0449/2009

Was unternimmt der Magistrat um in den Gebieten ohne derzeitige DSL Empfangsmöglichkeit diese in Zukunft herbeizuführen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Rahmen der Daseinsvorsorge bieten die SWM bereits seit 2005 ein Funk - DSL - Netz (W - DSL) in den nichtversorgten bzw. unterversorgten Stadtteilen und darüber hinaus auch in den Umlandgemeinden an. Zurzeit sind etwa 2.000 Teilnehmer über W - DSL an die Breitbandversorgung angeschlossen. Derzeit gibt es im Stadtgebiet so gut wie keine Gebiete ohne DSL-Empfangsmöglichkeit mehr. Letzte Restlücken (u. a. Teile von Ginseldorf) werden bis zum Herbst des Jahres geschlossen sein.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten von Ploetz (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 13 6/2009)
Vorlage: VO/0450/2009

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob die FDP mit der Veranstaltung der

„Schnapsabstimmung" ihrer Jugendorganisation deutlich machen wollte, dass nicht einmal die eigene Jugendorganisation ohne Streetworker vor Alkoholmissbrauch geschützt werden kann und ohne eine solche Begleitung der FDP-Jugendorganisation ein „Absinken von Marburg Mitte in eine Slum-Gegend" zu befürchten ist (s. FDP-Antrag vom 22.10.2008 betr. Streetworker für Marburg-Mitte)?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat kann über die Motive der FDP keine Auskunft geben. Da sollte die FDP selbst gefragt werden.

Der Magistrat geht in jedem Fall davon aus, dass ein „Absinken von Marburg Mitte in eine Slum-Gegend" weder mit noch ohne Streetworker zu befürchten ist. Auch aus der Sicht von jungen Menschen ist dieser Bereich ein städtebauliches Highlight mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Fachlich sollte die Auseinandersetzung um Alkoholmissbrauch ernster genommen werden.

---

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 14 6/2009)
Vorlage: VO/0451/2009

An der Ecke Universitäts-/Gutenbergstraße wird in den nächsten Wochen im Rahmen der Umbaumaßnahmen das Bürgersteigpflaster ausgetauscht. Damit ist dieser Fußweg mit drei Sorten Straßenbelag versehen. Ist es nicht sinnvoll, wenigstens das unebene Kopfsteinpflaster bis zum Haus Gutenbergstraße 5 mit zu ersetzen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Ab 13. Juli 2009 beginnen die Arbeiten auf der südlichen Hälfte der Universitätsstraße. Dabei wird auch der Einmündungsbereich der Gutenbergstraße in die Maßnahme mit einbezogen. Allerdings müssen sich die Umgestaltungsmaßnahmen auf den direkten Einmündungsbereich in die Universitätsstraße beschränken. Eine Weiterführung der Pflasterarbeiten in die Gutenbergstraße hinein ist leider nicht möglich. Die Ausbaumaßnahmen in der Universitätsstraße werden gemäß Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Marburg umgelegt, so dass zusätzliche Maßnahmen in Seitenstraßen nicht einbezogen werden können. Auch eine Aufwertung des Gehwegbelages in der Gutenbergstraße müsste über die Straßenausbaubeitragssatzung abgerechnet werden. Dazu wäre allerdings eine vorausgehende Anliegerversammlung durchzuführen, in der ein Konzept für den Gesamtbereich abzustimmen wäre.

Die Stadt Marburg hat den Ausbau und die Umgestaltung des Abschnittes der Universitätsstraße zwischen Gutenbergstraße und Rudolphsplatz deswegen zunächst zurückgestellt, weil sich städtebauliche Veränderungen im Zuge der Umnutzung des Savignyhauses abzeichnen. Sobald die hier zu erwartenden städtebaulichen Veränderungen konkrete Gestalt angenommen haben, werden wir Pläne für die Umgestaltung des Straßenraumes der Universitätsstraße zwischen Gutenbergstraße und Rudolphsplatz und für die Gutenbergstraße selbst entwickeln. Somit wird es also erst mittelfristig möglich sein, in der Gutenbergstraße selbst Veränderungen vorzunehmen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Jannasch (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 15 6/2009)
Vorlage: VO/0452/2009

Die Fahrbahn der Haspelstrasse zwischen Frankfurter- und Wilhelmstrasse befindet sich in einem mehr als mangelhaften Zustand. Dies ist mit bedingt durch den zusätzlichen Verkehr des Umbaus der Universitätsstrasse.
Die Fahrbahn müsste jetzt noch instand gehalten und nach dem Umbau der Universitätsstrasse mit einer neuen Fahrbahndecke versehen werden. Ist dies möglich?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Haspelstraße im Bereich zwischen Frankfurter- und Wilhelmstraße ist in einem reparaturbedürftigen Zustand wie fast alle Straßen des Südviertels. Eine erhebliche Mehrbelastung durch den Umleitungsverkehr bedingt durch die Bauarbeiten in der Universitätsstrasse ist nicht feststellbar.
Die notwendigen Unterhaltungsarbeiten in diesem Straßenabschnitt werden im Laufe der nächsten Monate ausgeführt.

---

zu 4.16 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 16 6/2009)
Vorlage: VO/0453/2009

In welchen Abständen werden Marburgs Spielplätze auf Sicherheit und Sauberkeit überprüft?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Entsprechend der Dienstanweisung zur Kontrolle der Verkehrssicherheit auf städtischen Kinderspiel- und Bolzplätzen, Spieleinrichtungen in Kindergärten und Schulen und anderen Spieleinrichtungen der Universitätsstadt Marburg werden die Sichtkontrollen in Intervallen von 5 bis max. 12 Arbeitstagen durchgeführt. Die unterschiedlichen Zeitintervalle ergeben sich aus der Häufigkeit festgestellter Mängel. Problem-Spieleinrichtungen werden häufiger kontrolliert als die als relativ unproblematisch bekannten Anlagen.

Eine intensivere Kontrolle (Funktionskontrolle) findet vierteljährlich statt, die Jahreshauptuntersuchung, bei der eine eingehende Kontrolle mit Freigraben von Fundamenten und anderer sicherheitsrelevanter Einrichtungen erfolgt, findet regelmäßig jährlich statt.

Jeder Kontrollgang wird entsprechend der Dienstanweisung dokumentiert.

Für diese Aufgabe steht beim Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur eine Arbeitskraft zur Verfügung.

---

zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 17 6/2009)
Vorlage: VO/0454/2009

Welche konkreten Maßnahmen wurden bis dato ergriffen, um die Situation der Marburger Wochenmärkte zu stärken? Sind Erfolge zu verzeichnen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat ist an einer guten Entwicklung der Marburger Wochenmärkte schon seit langem interessiert. Deshalb werden immer wieder Anstrengungen mit dem Ziel einer Aufwertung der Märkte unternommen. Diese stießen bei den Marktbeschickern jedoch nur eingeschränkt auf eine entsprechende Resonanz.

Zur Erweiterung des Angebotes wurde die Marktfläche für zusätzliche Marktstände in der Frankfurter Straße vergrößert, so dass zusätzliche Marktbeschicker dort einen Standplatz erhalten konnten. Jedoch lässt sich aufgrund gesetzlicher Vorgaben das Warensortiment nicht beliebig erweitern, da es sich bei allen Wochenmärkten um sog. „Grüne Märkte" handelt.

In Gesprächen wurden den Marktbeschickern deshalb verschiedene Angebote zur Gestaltung der Märkte vermittelt. Entsprechende Vorschläge waren anlassbezogene Dekorationen in den Verkaufswagen, die Möglichkeit aus besonderem Anlass nach dem Gaststättengesetz (z.B. Stadtfest, Marburger Frühling) Imbiss- bzw. Getränkestände zuzulassen oder als Annex an bestehende Stände auch kleinere Speisen zum Sofortverzehr anzubieten (z. B. Fischbrötchen). Außerdem wurde den Marktbeschickern signalisiert, dass deren Anregungen jedenfalls wohlwollend geprüft werden. Unter dem Strich hat es bislang keine Anregungen von dort gegeben und Vorschläge unsererseits wurden nur sehr begrenzt angenommen. Letztlich reduziert sich das Interesse der Marburger Wochenmarktbeschicker offensichtlich auf rein kommerzielle Aspekte, was im gewissen Sinne auch legitim ist, denn sie wollen primär ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf ihrer Produkte verdienen.

Um dennoch eine Basis für weiteres Handeln im Sinne einer Attraktivierung der Marburger Wochenmärkte zu haben, hat Anfang Juni durch das Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung eine Erhebung zur Situation der drei Wochenmärkte in Marburg stattgefunden. Befragt wurden sowohl die Marktbeschicker als auch Marktbesucher. Die Auswertung der Befragung ist noch nicht abgeschlossen. Sobald die Ergebnisse vorliegen, werden sie auch den städtischen Gremien zur Verfügung gestellt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 17:00 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer die Sitzungsleitung.

---

zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 18 6/2009)
Vorlage: VO/0455/2009

Gemäß § 3 Hess. Denkmalschutzgesetz ist die Untere

Denkmalschutzbehörde beim Magistrat der Stadt Marburg angesiedelt. Kann dieses Amt 61 seine Entscheidungen z. B. gemäß § 16 (Genehmigungspflichtige Maßnahmen) eigenständig und auch gegen den Willen des Bauherrn treffen, wenn der Magistrat der Bauherr und Antragsteller auf Abriss bzw. Umgestaltung eines Kulturdenkmals ist, oder muss der Leiter des Amtes 61 den Weisungen des Magistrats folgen und wäre dann die Feststellung richtig, dass in diesem Fall der Magistrat als Bauherr die von ihm erstrebte Genehmigung praktisch bei sich selbst beantragt und genehmigt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bei den gegenüber der Unteren Denkmalschutzbehörde (UDSchB) denkmalschutzrechtlich genehmigungspflichtigen Baumaßnahmen, die in § 16 Hessisches Denkmalschutzgesetz erläutert sind, wird zusätzlich das Einvernehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen (LfDH) eingeholt. Eine Eigenständigkeit der Unteren Denkmalschutzbehörde ist durchaus gegeben, allerdings ist der Magistrat aufgrund der Verwaltungsstruktur in letzter Konsequenz auch die Untere Denkmalschutzbehörde. Entscheidungen der Unteren Denkmalschutzbehörde erfolgen nicht nach Weisung des Magistrats, sondern nach fachlichen und rechtlichen Einschätzungen im Einvernehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen und Beteiligung des Denkmalbeirates.

Darüber hinaus ist kein Vorgang aus den letzten 10 Jahren bekannt, bei dem der Magistrat als Bauherr bzw. Eigentümer den Abriss eines Kulturdenkmals beantragt hat.

---

zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 19 6/2009) Vorlage: VO/0456/2009

Welche Möglichkeiten eines Widerspruchs haben am Denkmalschutz interessierte Bürgerinnen/Bürger, wenn sie mit der Entscheidung des Magistrats/Untere Denkmalschutzbehörde, ein Kulturdenkmal z. B. abzureißen, nicht einverstanden sind?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass aus den letzten 10 Jahren kein Vorgang bekannt ist, bei dem der Magistrat oder die Untere Denkmalschutzbehörde einen Abrissantrag für Kulturdenkmale gestellt hat. Im Allgemeinen handelt es sich bei den Antragstellern um private oder gewerbliche Bauherren. Nach eingehender Prüfung, ob Denkmalschutz vorliegt, und nach Einvernehmensherstellung mit dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen kann ggf. auch ein Abriss denkmalgeschützter Gebäude genehmigt werden. Zumeist wird aber die Vorlage eines Neubauentwurfs, der wiederum denkmalschutzrechtlichen Kriterien zu entsprechen hat, vorausgesetzt. Im Anschluss daran wird durch das Landesamt das Kulturdenkmal aus dem Denkmalbuch bzw. der Denkmaltopografie gelöscht. Zuvor werden diese Abbruchanträge auch dem Denkmalbeirat vorgestellt.

Oftmals kann allerdings im Rahmen der Bauberatung eine denkmalgerechte

Lösung, z. B. über eine Sanierung oder einen Umbau des Gebäudebestandes, erreicht werden.

Als Eigentümer oder Bauherr kann gegen den Bescheid einer Versagung gemäß § 16 Hess. Denkmalschutzgesetz innerhalb eines Monats nach Zugang schriftlich oder zur Niederschrift bei obiger Denkmalschutzbehörde oder beim Regierungspräsidium Gießen Widerspruch erhoben werden. Gegen die Kostenfestsetzung kann innerhalb eines Monats nach Zugang schriftlich oder zur Niederschrift nur bei obiger Denkmalschutzbehörde Widerspruch erhoben werden. Erfolglose Widersprüche sind kostenpflichtig.

---

zu 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 20 6/2009)
Vorlage: VO/0457/2009

Wie wird der Magistrat die Eltern, Mütter und Väter für den nicht erhaltenen Mittagstisch der Kinder (durch die Streiktage) in den Kindergärten und Kindertagesstätten entschädigen?

Da sich der Fragesteller zur Zeit nicht im Raum befindet wird die Frage schriftliche mit dem Protokoll erteilt:

Die Frage wird nach Abschluss der Streikmaßnahme vom Magistrat entschieden.

Aus rechtlicher Sicht bestehen Bedenken gegen eine (ggf. anteiligen) Rückerstattung der KiGa- bzw. KiTa-Gebühren. Dies entspricht auch der Auffassung des Hessischen Städtetages.

Die Frage der Rückerstattung des Essensgeldes für den nicht erhaltenen Mittagstisch bleibt davon jedoch unberührt.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

---

zu 4.21 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Seelig (Nr. 21 6/2009)
Vorlage: VO/0458/2009

Das ÖPNV-Angebot für den Stadtteil Moischt wird sich bei der Umsetzung des jetzt vorliegenden neuen Fahrplankonzepts zum Dezember 2009 erheblich verschlechtern. Um insbesondere für Seniorinnen/Senioren diese Verschlechterung abzumildern, erscheint es notwendig, den End- und Wendepunkt der Linie 12 auf den Haltepunkt „Bürgerhaus Moischt" zu verlegen.
Unterstützt der Magistrat diesen Wunsch und ist er evtl. bereit, dies mit Haushaltsmitteln zu tun?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Verkehrserhebung 2008 hat ergeben, dass zwischen den Stadtteilen Moischt und Schröck nahezu kein Beförderungsbedürfnis bestanden hat. Dem Ortsbeirat von Moischt liegen aktuell offenbar andere Erkenntnisse vor.

Die Schaffung der Verbindung zwischen Moischt und Schröck stellt eine Abweichung vom Entwurf des neuen Nahverkehrsplans dar. Derzeit wird auf Basis des Entwurfs des Nahverkehrsplans ein neuer Fahrplan erarbeitet. Dieser weist bisher aus, dass eine Streckenverlängerung im Rahmen des Fahrplans möglich ist.
Sollten von Seiten der Stadt Marburg zusätzliche Leistungen (Streckenverlängerung oder Taktverdichtung) zum Entwurf des Nahverkehrsplans gewünscht werden, so sollten diese für das gesamte Stadtgebiet gesammelt und als Gesamtmaßnahme durch die LNG Stadt Marburg bei dem bedienenden Verkehrsunternehmen bestellt werden.
Der Wert der zusätzlich zu bestellenden Leistung kann erst nach Fertigstellung der Fahrpläne berechnet werden und kann dann in die städtische Haushaltsplanung für 2009 eingestellt werden.

---

zu 4.22 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 22 6/2009)
Vorlage: VO/0466/2009

Kann der Magistrat Auskunft geben, auf welchen Schulhöfen Kinder auch nach Ende der Unterrichtszeit spielen können und auf welchen nicht und wie Kinder und Eltern darüber informiert werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister in Stellvertretung für Stadträtin Dr. Weinbach:

Nach wie vor, und wie bereits in mehreren Stellungnahmen berichtet, sind alle städtischen Schulhöfe seit Jahren Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr außerhalb der regulären Schulzeiten als Spielplätze freigegeben.
Die von der Stadt festgelegten Spiel- und Nutzungszeiten können die Kinder auf den Pausenhofschildern bei den jeweiligen Schulhöfen vorfinden. Weiterhin besteht für Eltern die Möglichkeit, eine Broschüre mit der Aufstellung aller städtischen Kinderspielplätze bei dem Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur oder dem Stadtbüro anzufordern.
Die entsprechenden Informationen stehen ferner auf den Internetseiten der Stadt Marburg zur Verfügung.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.23 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 23 6/2009)
Vorlage: VO/0459/2009

Wird in den Verwaltungsaußenstellen Marbach und Wehrda auch weiterhin Rentenberatung durch hervorragend ausgebildete Mitarbeiterinnen angeboten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen sind gesetzlich verpflichtet, Anträge auf Sozialleistungen entgegenzunehmen. Dieser Auftrag schließt eine Prüfung auf Vollständigkeit der Unterlagen vor Weiterleitung an die Rententräger ebenso mit

ein wie eine Auskunftspflicht in begrenztem Umfang. Eine qualifizierte Rentenberatung ist damit ausdrücklich nicht vorgeschrieben.

Der Magistrat ist selbstverständlich bemüht, im Rahmen seiner Möglichkeiten die dafür zuständigen Kollegen/Kolleginnen bestmöglich zu qualifizieren.

Wo die Aufgabenerledigung letztlich angeboten wird, bleibt der weiteren Personal- und Organisationsplanung vorbehalten. Bis Ende 2010 - dem Ausscheiden der jetzigen Stelleninhaberin - gibt es keine Veranlassung am derzeitigen Angebot etwas zu ändern.

Damit ist die verkürzte Fragestunde von 30 Minuten abgelaufen. Die Fragen 24 bis 28 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 5 **Haushalt 2009**
hier: Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2009 gem. § 114 e HGO
Vorlage: VO/0410/2009

Der Entwurf der I. Nachtragshaushaltssatzung 2009 liegt allen Stadtverordneten in gedruckter Fassung vor. Der Oberbürgermeister bringt den Nachtragshaushalt in seiner Funktion als Kämmerer ein und erläutert die Eckpunkte des Haushaltes durch an die Wand projizierte Grafiken und Tabellen.

Der Stadtverordnete Pfalz (CDU) beantragt die Überweisung des Nachtragshaushaltes an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt dies einstimmig.

---

zu 6 **Forensikbeirat**
Hier: Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds der Fraktion B90/Die Grünen
Vorlage: VO/0319/2009

Die Vorlage ist in der heutigen Sitzung des Wahlvorbereitungsausschusses beraten worden. Es berichtet die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Die Fraktion der Grünen hat die Stadtverordnete Angela Dorn für die Entsendung in den Forensikbeirat vorgeschlagen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnete Angela Dorn wird als stellvertretendes Mitglied in den Forensikbeirat entsandt.

---

zu 7 **Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Marburg**
- Wahl von stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedern

Vorlage: VO/0404/2009

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat sich auch mit dieser Wahlvorlage in seiner heutigen Sitzung befasst. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die in der Vorlage genannten Personen im Wege der Nachwahl in den Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Marburg zu entsenden. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Als Nachfolger für die als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählte und inzwischen ausgeschiedene Frau Marianne Berressem (Wahlvorschlag FDP) wird**
   Herrn Christopher Auffermann (*1972), Zwischenhausen 5 ½, 35037 Marburg
   als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

2.1 **Als Nachfolger für den als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählten und inzwischen ausgeschiedenen Herrn Reinhard Weber-Hofmann (Wahlvorschlag SPD/ Bündnis 90/ Die Grünen) wird**
   Frau Ursula Rath (*1955), Heinrich-Heine-Straße 7A, 35039 Marburg
   als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

2.2 **Als Nachfolger für den als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählten Herrn Rolf Plauth wird**
   Herrn Stephan Rehse (*1958), Gartenweg 15, 35096 Weimar (Erziehungsberatungsstelle Ortenberg)
   als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

2.3 **Als stellvertretendes Mitglied für das unter 2.2 zu wählende stimmberechtigte Mitglied wird**
   Frau Angelika Funk (*1959), Am Talacker 8, 35096 Weimar (Arbeit und Bildung e. V.).
   in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

2.4 **Als stellvertretendes Mitglied für das stimmberechtigte Mitglied Schwester Edith Ludwig wird**
   Herrn Bertram Kasper (*1962), Hinterfeld 5, 35043 Marburg (St. Elisabeth-Verein e.V.).
   in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

---

zu 8 **Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Marburger Entsorgungs-GmbH für den Bau einer Biogasanlage**
Vorlage: VO/0394/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher

anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg übernimmt gemäß § 114k i.V. mit § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für die Marburger Entsorgungsgesellschaft mbH (MEG) bis zur Höhe von 3.300.000 EUR. Von diesem Betrag sind 300.000 EUR für den Aufbau einer Photovoltaikanlage vorgesehen.

Die Bürgschaft dient zur Sicherung eines Kreditmarktdarlehens für die Finanzierung der Errichtung einer Biogasanlage mit einer Photovoltaikanlage auf dem Gelände der Kompostierungsanlage der MEG in Marburg-Cyriaxweimar.

Für den verbürgten Betrag in Höhe von 300.000 EUR hat die Bürgschaftsnehmerin eine Bürgschaftsprovision von 0,5 % des jeweils verbürgten Restbetrages zu zahlen. Für den übrigen Betrag wird ausnahmsweise auf eine Bürgschaftsprovision verzichtet. Nach Ablauf von 5 Jahren soll jedoch eine Prüfung erfolgen.

Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

---

zu 9 **Bürgschaft über 395.000 €**
hier: Logenhaus Pilgrimstein 28
Vorlage: VO/0406/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg übernimmt gemäß § 104 Abs. 2 i. V. mit § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft bis zur Höhe von 395.000 €. Bürgschaftsnehmerin wird eine noch zu gründende Gesellschaft m. b. H. sein.

Die Bürgschaft dient der Finanzierung des Logenhauses am Pilgrimstein.

Die Bürgschaft ist grundbuchrechtlich zu sichern.

Für die Bürgschaft hat die Bürgschaftsnehmerin eine Bürgschaftsprovision von 0,5 % des jeweils verbürgten Restbetrages zu zahlen.

Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

---

zu 10 **Bauleitplanung der Stadt Marburg**
Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 4/5 "Fronhof"
Vorlage: VO/0395/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr., 4/5, Bereich Fronhof, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen.
Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt.

---

zu 11 Umsetzung der "Marburger Umweltprämie"
Vorlage: VO/0356/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Das Preisgeld des Deutschen Klimaschutzpreises in Höhe von 50.000 Euro wird als „Marburger Umweltprämie“ für folgende Projekte verwendet:

1. Fahrrad-Umweltprämie

Marburger Bürgerinnen und Bürger erhalten eine Fahrrad Umweltprämie für den Neukauf eines Stadtrades (50 Euro) bzw. eines Elektro-Fahrrades (100 Euro). Mit der Abwicklung der „Fahrrad-Umweltprämie“ wird die Praxis GmbH beauftragt. Die Fördersumme beträgt insgesamt 10.000 Euro.

2. Fahrrad-Umweltprojekt

Ergänzend zu dem Beschluss des Magistrats vom 11.05.2009 sollen die Mittel zusätzlich für ein nachhaltiges „Fahrrad Umweltprojekt“ eingesetzt werden. Dieses beinhaltet den Aufbau eines Fahrradverleihsystems (Stadträder) und die Erprobungsmöglichkeit für Elektrofahrräder. Mit geeigneten Anbietern (z.B. Nextbike) werden Vereinbarungen getroffen, die möglichst rasch die Einführung eine kundenfreundlichen Fahrradverleihsystems zum Ziel hat. Die Fördersumme für das Fahrrad-Umweltprojekt beträgt 30.000 Euro.

3. Sparsame Elektrogeräte

Mit der Abwicklung der „Elektrogeräte-Umweltprämie“ werden die Stadtwerke Marburg beauftragt. Gefördert wird der Kauf von

besonders energiesparenden Kühl- und Gefriergeräten der Kategorie A++ bei nachgewiesener Entsorgung des Altgerätes. Die Fördersumme hierfür beträgt 10.000 Euro.

---

zu 12 Bewerbung der Universitätsstadt Marburg als "Fairtrade-Town" im Rahmen der internationalen Kampagne "Fairtrade Towns" von Transfair.
Vorlage: VO/0363/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Auch der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Titel: Fairtrade-Stadt**
   Die Stadt Marburg strebt im Rahmen der internationalen Kampagne „Fairtrade Towns“ den Titel „Fairtrade-Stadt“ an.

2. **Einrichtung einer Steuerungsgruppe**
   Für die Realisierung wird der Magistrat beauftragt, entsprechend Punkt 2 der als Anlage beigefügten Bewertungskriterien eine Steuerungsgruppe einzurichten, die alle Aktivitäten vor Ort auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“ koordiniert. Die Steuerungsgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Initiative Solidarische Welt, des Marburger Weltladens, des Einzelhandels sowie seitens der Verwaltung aus einem Vertreter des Marburger Agendabüros zusammen. Bei Bedarf sind weitere Vertreterinnen/Vertreter aus Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, Schulen, Vereinen, der Medien und des Einzelhandels hinzuzuziehen.

3. **Bewerbungsunterlagen „Fairtrade-Stadt“**
   Sobald die fünf Kriterien erfüllt sind, reicht die Verwaltung die Bewerbung der Universitätsstadt Marburg als „Fairtrade-Stadt“ bei Transfair ein.

---

zu 13 Behring-Gedenkstätte im Gebäude Wannkopfstraße 13 in Marburg
Vorlage: VO/0387/2009

Die Vorlage wurde zu beginn der Sitzung zurückgestellt und an den Denkmalbeirat zur weiteren Beratung überwiesen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Denkmalbeirat.

---

zu 14 Dringlichkeitsanträge

Siehe TOP 3.2.

---

zu 15 Anträge der Fraktionen

---

zu 15.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Beschlusskontrolle
Vorlage: VO/0023/2009

Der Antrag ist im Mai vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen worden. Der Ältestenrat hat sich mit der Angelegenheit befasst. Nach ausgiebiger Beratung hat die Fraktion der Marburger Linken den Antrag zurückgezogen, da die Beschlusskontrolle aktiviert wurde.

---

zu 15.2 Antrag der FDP-Fraktion betr. "Selbständige Schule"
Vorlage: VO/0153/2009

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss am 18.06.2009 von den Antragstellern zurückgestellt worden. Er soll erst wieder auf die Tagesordnung genommen werden, wenn Erörterungsbedarf besteht.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

Die FDP-Fraktion hat signalisiert, dass die Vorlage im September wieder in der Tagesordnung erscheinen soll.

---

zu 15.3 Antrag der FDP-Fraktion betr. Benutzerordnung für "Marburg Mitte"
Vorlage: VO/0154/2009

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen worden.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 15.4 Antrag der Fraktionen SPD u. Bündnis 90/Die Grünen betr. "Zukunftsplan für den August-Bebel-Platz"
Vorlage: VO/0160/2009

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss erneut zurückgestellt worden, da ein abschließendes Votum des Ortsbeirates Cappel noch nicht vorliegt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück, bis der Ortsbeirat Cappel ein Votum abgegeben hat.

---

zu 15.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kommunales Wahlrecht für alle - Demokratie braucht jede Stimme
Vorlage: VO/0242/2009

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Die antragstellende Fraktion Marburger Linke hat die Vorlage zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung.

---

zu 15.6 Antrag der MBL-Fraktion betr. Parkplätze auf den Lahnwiesen
Vorlage: VO/0268/2009

Die Vorlage wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 15.8 "Antrag der CDU-Fraktion betr. Innenstadtparkplatzkonzept für mehr Parkplätze"

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen).

Zu TOP 15.6:
Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Zu TOP 15.8:
Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Ludwig (MBL), Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen), Schaffner (CDU), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Dr. Musket (SPD), Dr. Uchtmann (MBL) und Jannasch (CDU). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Weiterhin spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU) und Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 18:30 Uhr bis 18:41 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal die Sitzungsleitung übernommen.

Es folgen die Abstimmungen:

zu TOP 15.6:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und MBL, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu TOP 15.8:
Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und MBL, bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 15.7 Antrag der MBL-Fraktion betr. Finanzielle Förderung der Grünen Schule des Botanischen Gartens
Vorlage: VO/0272/2009

Die antragstellende MBL-Fraktion hat den Antrag im Schul- und Kulturausschuss zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 15.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Innenstadtparkplatzkonzept für mehr Parkplätze
Vorlage: VO/0274/2009

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 15.6 aufgerufen.

---

zu 15.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Bahnhofsumbau
Vorlage: VO/0281/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung der Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenso die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, FDP und MBL, bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 15.10 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Freiraumplanung Biegenviertel / Verkehrsführung Deutschhausstraße
Vorlage: VO/0294/2009

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Die antragstellenden Fraktionen haben die Vorlage zunächst an den Radverkehrsbeirat zur Beratung überwiesen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Radverkehrsbeirat.

---

zu 15.11 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Blumenstadt Marburg
Vorlage: VO/0330/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und FDP, bei Nein-Stimmen der CDU und bei Enthaltung der Fraktion MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM) ein Konzept für eine „Blumenstadt Marburg“ zu entwickeln.
Dieses soll zunächst an geeigneten städtischen Grünflächen durch Einsäen von Blumenwiesen umgesetzt werden.
Dabei ist die Vorbereitung der Flächen zur Aussaat der Pflanzen mechanisch, ohne den Einsatz von Herbiziden, durchzuführen.
Bei der Pflege der Flächen soll auch die Möglichkeit privater Pflegepatenschaften geprüft werden.

---

zu 15.12 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Gentechnikfreie Region
Vorlage: VO/0350/2009

Die Vorlage ist im Umweltausschuss beraten worden. Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag. Der Beschlusstitel soll jedoch ergänzt werden statt "Gentechnikfreie Region" soll die Überschrift heißen "Gentechnikfreie Region (grüne Gentechnik)".

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, gegen die Stimmen der FDP und bei Enthaltung der CDU und der MBL folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihre Ablehnung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen, insbesondere der Maissorte Mon 810.**

2. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass Bundeslandwirtschaftministerin Aigner den Anbau von Mon 810 untersagt hat.

3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundeslandwirtschaftsministerin auf, die Zulassung für den Anbau gentechnisch veränderter Kartoffeln zurückzuziehen.

4. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Absicht der Bundeslandwirtschaftministerin, Kommunen und Regionen die Möglichkeit zu geben, sich als gentechnikfreie Region zu deklarieren.

5. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich in diesem Sinne an die Bundeslandwirtschaftsministerin zu wenden und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, auch gemeinsam mit der Landwirtschaft und dem Handel, zu leisten.

---

zu 15.13 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Leihfahrrad-System Vorlage: VO/0351/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt - möglichst kurzfristig - zu prüfen, ob auch in Marburg ein Leih-Fahrrad-System eingeführt werden kann.

---

zu 15.14 Antrag der FDP-Fraktion betr. Hinweisschilder Lahnauen Vorlage: VO/0360/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext wurde im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat wird aufgefordert, an den Hauptzugangswegen die wichtigsten Gebote der Benutzungsordnung der Lahnauen auf Hinweisschildern bekannt zu machen. Die Hinweisschilder sind an den Hauptzugangswegen zu den Lahnauen im gesamten Geltungsbereich aufzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, teilen der CDU, FDP und MBL, sowie gegen eine Stimme aus der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, an den Hauptzugangswegen die wichtigsten Gebote der Benutzungsordnung der Lahnauen auf Hinweisschildern bekannt zu machen. Die Hinweisschilder sind an den Hauptzugangswegen zu den Lahnauen im gesamten Geltungsbereich

aufzustellen.

---

zu 15.15 Antrag der FDP-Fraktion betr. Klimaplan Atlas
Vorlage: VO/0361/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei zwei Ja-Stimmen der FDP, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung von CDU, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 15.16 Antrag der MBL-Fraktion betr. Abfallbehälter bei Ruhebänken
Vorlage: VO/0362/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext ist im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, bei welchen weiteren Ruhe- und Aussichtsplätzen im Stadtgebiet von Marburg neben den dort vorhandenen Bänken in der Regel auch Abfallbehälter aufgestellt werden können.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, bei welchen weiteren Ruhe- und Aussichtsplätzen im Stadtgebiet von Marburg neben den dort vorhandenen Bänken in der Regel auch Abfallbehälter aufgestellt werden können.

---

zu 15.17 Antrag der MBL-Fraktion betr. Behring Gedenkstätte
Vorlage: VO/0367/2009

Für den Schul - und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Beschlusstext dieses Antrages ist im Schul- und Kulturausschuss wie folgt ergänzt worden:

Der Magistrat wird gebeten sich für eine Behring Gedenkstätte in dem für das Chemikum vorgesehenen Gebäude in der Bahnhofstrasse einzusetzen.
Noch vorhandene Einrichtungsgegenstände der ehemaligen Behringlabore könnten dort untergebracht werden.
Die Behringwerke-Nachfolgefirmen werden gebeten, sich dort auch finanziell zu engagieren.

In dieser erweiterten Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktionen Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten sich für eine Behring Gedenkstätte in dem für das Chemikum vorgesehenen Gebäude in der Bahnhofstrasse einzusetzen. Noch vorhandene Einrichtungsgegenstände der ehemaligen Behringlabore könnten dort untergebracht werden.
Die Behringwerke-Nachfolgefirmen werden gebeten, sich dort auch finanziell zu engagieren.

---

zu 15.18 Antrag der MBL-Fraktion betr. Kongresszentrum
Vorlage: VO/0369/2009

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat den Antrag mehrheitlich für erledigt erklärt. Aussprache wurde angemeldet.

Der Stadtverordnete Meyer (SPD) stellt den Geschäftsordnungsantrag, auch die Stadtverordnetenversammlung möge den Antrag für erledigt erklären. Dagegen spricht der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionen, gegen die Stimmen der CDU, FDP, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

---

zu 15.19 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Nachfolge vom Direktor des Hessischen Städtetages Dieter Schlempp
Vorlage: VO/0370/2009

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Dort wurde die Ziffer 2 des Beschlusstenors gestrichen. Im übrigen empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Nein-Stimmen der CDU, FDP und Marburger Bürgerliste und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten,
an den gewählten Nachfolger, den Dietzenbacher Bürgermeister Stephan Gieseler, zu appellieren, auf seine Funktion als Direktor des Hessischen Städtetages zu verzichten.

---

zu 15.20 Antrag der MBL-Fraktion betr. Haustierpark
Vorlage: VO/0371/2009

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet ist die Vorlage im Umweltausschuss zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis auf Weiteres.

---

zu 15.21 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Kein Sonderopfer der hessischen Kommunen
Vorlage: VO/0372/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg spricht sich mit allem Nachruck dagegen aus, dass den hessischen Kommunen ab dem Jahr 2011 ein Sonderopfer durch Mittelentzug im Kommunalen Finanzausgleich abverlangt werden soll. Sie fordert die hessische Landesregierung auf, in ihrer weiteren Finanzplanung die Verbundmasse in Höhe von 23 Prozent beizubehalten und die Finanzausgleichsmasse nicht dadurch zu schmälern, dass Mittel aus der Finanzausgleichsmasse zu Gunsten des Landes einbehalten werden. Dies gilt insbesondere für die im Finanzplan 2009 erklärte Absicht, ab dem Jahr 2011 zu Lasten der Kommunen jährlich 400 Millionen Euro der Finanzausgleichsmasse entziehen zu wollen.

---

zu 15.22 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Denkmalschutz für Universitätsgebäude auf den Lahnbergen
Vorlage: VO/0375/2009

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet hat der Ausschuss den Antrag an den Denkmalbeirat zur Beratung überwiesen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Denkmalbeirat zur weiteren Beratung.

---

zu 15.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Lernmittelfreiheit
Vorlage: VO/0376/2009

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Im Sozialausschuss wurde der Antrag geändert.
Folgender Änderungsantrag der Vorsitzenden des Sozialausschusses wurde

beschlossen:

"Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, nach welchen Kriterien Familien mit Stadtpassberechtigung zum Schuljahresbeginn 2009 bei Einschulung sowie beim Übergang in die Klassen 5 und 7 unter Berücksichtigung anderer staatlicher Leistungen gefördert werden können. Gegebenenfalls sollen zusätzliche Mittel zum Nachtragshaushalt angemeldet werden."

In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss der Stadtverordneten-versammlung die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Wie der Stadtverordnetenvorsteher ausführt hat sich der Schul- und Kulturausschuss dem Votum des Sozialausschusses angeschlossen.

Der ursprüngliche Antrag der Fraktion Marburger Linke wurde zur Ablehnung empfohlen.

Weiterhin berichtet der Stadtverordnetenvorsteher, dass sich auch der Haupt- und Finanzausschuss mit der Angelegenheit befasst hat. Dort wurde ein Antrag aller Fraktionen ausgearbeitet, der folgenden Beschlusstenor hat:

"A. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, nach welchen Kriterien Familien mit Stadtpassberechtigung zum Schuljahresbeginn 2009 bei Einschulung sowie beim Übergang in die Klassen 5 und 7 unter Berücksichtigung anderer staatlicher Leistungen gefördert werden können. Gegebenenfalls sollen zusätzliche Mittel zum Nachtragshaushalt angemeldet werden.
Dabei ist von folgenden Zielen auszugehen:

1. Auch zum Schuljahresbeginn soll bei der Einschulung sowie beim Übergang in die Klassen 5 und 7 den Kindern von Stadtpassberechtigten ein Gutschein in Höhe von 150 € zu den gleichen Bedingungen wie 2008 zur Verfügung stehen.

2. Auf Antrag soll auch Familien und Personen, die nicht stadtpassberechtigt sind, für die aber der einschlägige Lernmittelaufwand eine besondere Belastung darstellt, dieser Gutschein zur Verfügung stehen.

B. Der Magistrat wird weiterhin aufgefordert, im Einvernehmen mit den Schulleitungen Vorbereitungen zu treffen, dass die für den Unterricht nötige Ausstattung zum Schreiben, Rechnen und für die musischen Fächer, soweit sie kostengünstiger (große Mengen) über den Großhandel zu beziehen ist, zum Selbstkostenpreis für die Schule eingekauft werden kann."

In dieser Fassung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt somit über den von allen Fraktionen getragenen gemeinsamen Antrag in der Fassung des Haupt- und Finanzausschusses abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

A. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, nach welchen Kriterien

Familien mit Stadtpassberechtigung zum Schuljahresbeginn 2009 bei Einschulung sowie beim Übergang in die Klassen 5 und 7 unter Berücksichtigung anderer staatlicher Leistungen gefördert werden können. Gegebenenfalls sollen zusätzliche Mittel zum Nachtragshaushalt angemeldet werden.
Dabei ist von folgenden Zielen auszugehen:

1. Auch zum Schuljahresbeginn soll bei der Einschulung sowie beim Übergang in die Klassen 5 und 7 den Kindern von Stadtpassberechtigten ein Gutschein in Höhe von 150 € zu den gleichen Bedingungen wie 2008 zur Verfügung stehen.

2. Auf Antrag soll auch Familien und Personen, die nicht stadtpassberechtigt sind, für die aber der einschlägige Lernmittelaufwand eine besondere Belastung darstellt, dieser Gutschein zur Verfügung stehen.

B. Der Magistrat wird weiterhin aufgefordert, im Einvernehmen mit den Schulleitungen Vorbereitungen zu treffen, dass die für den Unterricht nötige Ausstattung zum Schreiben, Rechnen und für die musischen Fächer, soweit sie kostengünstiger (große Mengen) über den Großhandel zu beziehen ist, zum Selbstkostenpreis für die Schule eingekauft werden kann.

---

zu 15.24 Antrag der Fraktionen MBL und CDU betr. Einwohner/innen Befragung als Grundlage zur Altenplanung
Vorlage: VO/0381/2009

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten und wie folgt abgeändert worden:

"Der Magistrat wird aufgefordert, einen Vorschlag für eine Einwohner/innen Befragung zu machen, der eine belastbare Grundlage für konkrete Maßnahmen einer qualifizierten Altenplanung für Marburg schafft. Dieser Vorschlag sollte die bereits durchgeführte Befragung berücksichtigen und zeitnah umgesetzt werden. Sollten die eigenen personellen Ressourcen nicht ausreichen, ist externe Unterstützung einzubinden."

In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Vorschlag für eine Einwohner/innen Befragung zu machen, der eine belastbare Grundlage für konkrete Maßnahmen einer qualifizierten Altenplanung für Marburg schafft. Dieser Vorschlag sollte die bereits durchgeführte Befragung berücksichtigen und zeitnah umgesetzt werden.
Sollten die eigenen personellen Ressourcen nicht ausreichen, ist externe Unterstützung einzubinden.

---

zu 15.25 Antrag der MBL-Fraktion betr. Unterstützung der IFIKS e.V. (Initiative zur Förderung interkultureller Kommunikation Studentendorf e.V.) durch die Stadt Marburg
Vorlage: VO/0389/2009

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass der Antrag im Schul- und Kulturausschuss beraten und dort zurückgezogen wurde.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 15.26 Antrag der CDU-Fraktion betr. Energieberatung
Vorlage: VO/0390/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag bis auf Weiteres zurück.

---

zu 15.27 Antrag der CDU-Fraktion betr. 150 € für Schüler bei Einschulung oder Schulformwechsel
Vorlage: VO/0391/2009

Für den Sozialausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Auch der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung des Antrages.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Dr. Röder (CDU), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Severin (SPD), Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen), Gottschlich (CDU) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und MBL, bei Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der FDP und der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 15.28 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Integriertes Klimaschutzkonzept Vorlage: VO/0392/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis auf Weiteres.

---

zu 15.29 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen/SPD-Fraktionen betr. Zweites Hessisches Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz - Änderung der Hessischen Bauordnung und der Hessischen Gemeindeordnung Vorlage: VO/0396/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Annahme dieses Antrages.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten in Kontakt zu den Fraktionen des Hessischen Landtags zu treten, um sie für die Zustimmung zu dem in den Landtag eingebrachten zweiten Zukunftsenergie- und Klimaschutzgesetz zu gewinnen. Zielsetzung muss sein, die Hessische Bauordnung und die Hessische Gemeindeordnung an die drängenden Herausforderungen des Klimaschutzes und der Verwendung von erneuerbaren Energien anzupassen und die Möglichkeiten der Kommunen im Bereich des Klimaschutzes zu erweitern und zu optimieren.

---

zu 16 Kenntnisnahmen

---

zu 16.1 Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 2. April

2009
Vorlage: VO/0296/2009

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 16.2 Gewerbeflächenentwicklung in der Region Marburg
Vorlage: VO/0382/2009

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 16.3 Marburger Milieu-Studie "Jugendliche in Marburg-Mitte"
Vorlage: VO/0397/2009

Die Kenntnisnahme ist im Sozialausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen Debatte sprechen die Stadtverordneten Gottschlich (CDU) und Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht allen Anwesenden eine angenehme Sommerpause. Die September-Sitzung wird nach der Vereinbarung im Ältestenrat um 16:00 Uhr beginnen. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:25 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Sell
stellvertretende Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Schriftliche Beantwortungen von Kleinen Anfragen
Dringlichkeitsanträge